

Antrag

des Abg. Sascha Binder u. a. SPD

Stellenbesetzung im Verwaltungsdienst der Polizei

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welchen Umsetzungsstand der Stellenausgleich im Verwaltungsdienst der Landespolizei seit der Polizeistrukturereform 2014 zum Stichtag 1. Oktober 2025 erreicht hat und wie sich dieser seit der Beantwortung der Drucksache 17/7772 entwickelt hat, differenziert nach den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei sowie unter Angabe landesweiter Gesamtzahlen für den Tarifbereich, Beamtinnen und Beamte sowie im Verwaltungsdienst der Landespolizei gesamt;
2. wie viele der Arbeitsverhältnisse im Verwaltungsdienst der Landespolizei zum Stichtag 1. Oktober 2025 aus welchen Gründen und seit wann befristet sind, wie sich die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse seit der Beantwortung der Drucksache 17/7772 entwickelt hat und welche Gründe gegen eine Entfristung der Arbeitsverhältnisse sprechen, differenziert nach den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei;
3. wie viele Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zum Stichtag 1. Oktober 2025 im Verwaltungsdienst der Landespolizei eingesetzt werden, wie sich diese Zahl seit September 2024 entwickelt hat (jedenfalls unter Darstellung folgender Stichtage: 1. Januar 2025, 1. Juli 2025 und 1. Oktober 2025) und wie vielen Vollzeitäquivalenten (VZÄ) dies jeweils entspricht, differenziert nach den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei sowie unter Angabe landesweiter Gesamtzahlen;
4. wie viele Abgänge und Kündigungen es im Bereich des Verwaltungsdiensts der Landespolizei in den letzten zwei Jahren (1. Oktober 2023 bis 1. Oktober 2025) gab und wie viele Personen den Verwaltungsdienst der Landespolizei insgesamt in diesem Zeitraum verlassen haben, differenziert nach den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei und den Gründen für Abgänge (insbesondere Anträge auf Entlassung, Beendigung von Ausbildungen, Ruheständen und Kündigungen [diese differenziert nach Kündigungen durch die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer einerseits und den Dienstherren andererseits], Entlassungen nach Entscheidungen in einem Disziplinarverfahren oder Aufhebungsverträgen) sowie unter Angabe landesweiter Gesamtzahlen;
5. wie sich der Personalbestand im Verwaltungsdienst der Landespolizei in den letzten drei Kalenderjahren entwickelt hat – unter Darstellung des im Haushalt vorgesehenen Stellensolls, der tatsächlich besetzten Stellen sowie der Anzahl der Vollzeitäquivalente, jeweils differenziert nach Stichtagen (2023, 2024, 2025 jeweils zu den Stichtagen 1. Januar sowie zum 1. Juli 2025 und 1. Oktober 2025), Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei sowie unter Angabe landesweiter Gesamtzahlen;

6. ob die Landesregierung inzwischen objektive Bemessungskriterien zur Ermittlung des Personalbedarfs in den Verwaltungen der Polizei entwickelt hat und wenn ja, welche, und wenn nein, aus welchen Gründen weiterhin darauf verzichtet wird;
7. ob durch Personalmangel im Verwaltungsdienst der Landespolizei Verfahren verzögert werden und in welchem Maß, differenziert nach den einzelnen Polizeipräsidien (insbesondere dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, dem Polizeipräsidium Einsatz und dem Landespolizeipräsidium), dem Landeskriminalamt, der Hochschule für Polizei, sowie ob die Landesregierung inzwischen ein Erfassungssystem für solche Verzögerungen eingerichtet hat und wenn nein, aus welchen Gründen darauf verzichtet wird.

17.11.2025

Binder, Ranger, Hoffmann, Dr. Weirauch, Weber SPD

Begründung

Mit dem Antrag sollen die Zahlen zum Antrag Drucksache 17/7772 aktualisiert werden. Die Frage der Umsetzung der Polizeistrukturereform sowie die Besetzung der Verwaltung einerseits generell und zum anderen mit Polizeivollzugsbeamten stellt weiterhin in der Praxis eine Herausforderung für die Polizei in Baden-Württemberg dar. Diese Belastung soll erfasst sowie die Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation im Verwaltungsdienst der Polizeipräsidien abgefragt werden.